

Zusammenfassung der Rede von stv. Landesvorsitzendem BM Jürgen Schmitt, Plankstadt

Klar und prägnant formulierte der stv. Landesvorsitzende BM Jürgen Schmitt die Herausforderungen und Haupthandlungsfelder, die aus Sicht der Freien Wähler heute „DRAN“ seien:

D = Demografischer Wandel – Familienfreundlichkeit im Blick

Freie Wähler würden die Herausforderungen, die auf die Städte und Gemeinden durch den demografischen Wandel zukommen, sehen und darauf reagieren. Freie Wähler setzen sich für eine aktive Förderung und den Ausbau von Betreuungs- und zukunftsorientierten Bildungsmöglichkeiten für alle Kinder ein. Freie Wähler sehen darin einen ganz entscheidenden Schritt zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Er betonte in seiner Rede auch, dass Freie Wähler ein ganz besonderes Augenmerk auf die Zukunftsfähigkeit und den Ausbau des für unser Land so besonders wertvollen beruflichen Schulwesens legen würden. Die Auswirkungen, die die wachsende Zahl von Gemeinschaftsschulen hier mit sich bringen würden, können heute noch nicht abgeschätzt werden.

R = Raumentwicklung; wirksames Instrument gegen Saufgelage in den Städten

Der stv. Landesvorsitzende forderte vehement eine Regelung, die den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ein wirksames Instrument in die Hand gibt, um gegen die Saufgelage in den Innenstädten vorzugehen. „Wir haben schöne Innenstädte, oft mit Millionen Euro aus dem Landesanierungsprogramm aufgewertet, sind aber gegen den übermäßigen Alkoholkonsum und dessen negativen Auswirkungen machtlos“, so Schmitt weiter.

a) Neue Klinikstrukturen im Verdichtungsraum – Ärztemangel auf dem Lande!

Die Kliniken in den Verdichtungsräumen und Zentren stünden mitten in wirtschaftlichen Herausforderungen. Klinikverbünde, Neubauten, strategische Partnerschaften, Kooperationen, Anpassung des Leistungsspektrums, ... könnten gut geeignete Lösungen sein. Im ländlichen Raum seien jetzt innovative Ideen gefragt, um den Ärzten attraktive Berufsausübungsmöglichkeiten zu bieten. In einigen Gemeinden mit 3000 Einwohnern sei schon heute kein Arzt mehr vorhanden.

b) WLAN in den Städten – „Lange Leitung“ im ländlichen Raum

Während in einigen großen Städten ein schnelles, kostenfreies WLAN in der Fußgängerzone bereits zur Grundausstattung gehöre, sei der Ausbau des schnellen Internets im ländlichen Raum aufgrund der hohen Kosten ins Stocken geraten. Schmitt forderte auch die Bereitstellung von Datenautobahnen im ländlichen Raum. Die Initiativen und Vereine, die sich in manchen Landkreisen zur Förderung und zum Ausbau des schnellen Internets gegründet hätten, würden von den Freien Wählern in besonderer Weise begrüßt und unterstützt.

c) integrierte Mobilitätskonzepte: per Smartphone mit Rad und Bus unterwegs

Freie Wähler setzen sich für einen leistungsfähigen Bus- und Schienenverkehr und für gut ausgebaute Straßen und Radwege ein. Dabei sehen Freie Wähler die Möglichkeiten von neuen, innovativen und nachhaltigen Verkehrssystemen und Verkehrsangeboten wie z. B. Carsharing, Car to go, ... absolut positiv. Ein Zukunftsmodell sei hier die Schaffung integrierter Mobilitätskonzepte, welche z. B. die Vernetzung von Leihfahrrädern, ÖPNV und Carsharing beinhalten, die dann bequem per Smartphone ausgewählt und kombiniert werden können.

A = Arbeitsplätze und Arbeitskräfte brauchen Raum, d.h. Fläche zur Entwicklung

Wirtschaft, Forschung und Entwicklung – sei das starke Trio, das Freie Wähler fördern und fordern. Unsere Wirtschaft (Gewerbe, Handel, Handwerk, Dienstleistung, ...) benötige neben gut ausgebildeten Fach- und Führungskräften auch den notwendigen Raum für eine gesunde Unternehmensentwicklung, so der stv. Landesvorsitzende Schmitt weiter. Das Primat der Innenentwicklung vor Außenentwicklung, der Flächenhunger in den automobilgeprägten Verdichtungsräumen und die Flächenverfügbarkeit im ländlichen Raum seien hier die besonderen Herausforderungen, denen sich Freie Wähler stellen würden.

N = Nachhaltigkeit beim Infrastrukturunterhalt

Der stv. Landesvorsitzende Jürgen Schmitt betonte zum Schluss seiner Rede, dass in den nächsten Jahren ein riesiger Sanierungs- und Modernisierungsaufwand im Bereich der Infrastruktur auf die Kommunen und Landkreise zukommen werde. Das zeige sich z. B. bei Schulgebäuden, die saniert, modernisiert oder mit einem neuen Brandschutz ausgestattet werden müssten. Bei dieser „Generationenaufgabe Infrastrukturunterhaltung“ forderte er klar und deutlich eine nachhaltige Unterstützung durch das Land und den Bund ein.